

# Berliner Tageblatt

Nr. 341

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin

## Neue französische Drohungen.

### Die Konferenz im Elisee.

Zwangsmassnahmen für den Fall des Scheiterns der Brüsseler Konferenz. — Poincaré zu „energischen Vorgehen“ entschlossen. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 28. November.  
In der Konferenz, die gestern im Elisee stattfand, nahmen außer den bereits gemeldeten Persönlichkeiten auch der Minister der öffentlichen Arbeiten De Trocquer, der Chef des Generalstabes Quat und der Oberkommissar im Rheinland Tirard, sowie der Generalinspektor für die Bergwerke Frankreichs Colte teil. Die Beratungen galt es heute, die Fragen, welche Zwangsmassnahmen Frankreich anzuwenden gedenkt, wenn die Konferenz in Brüssel nicht zustande kommt oder nicht zu einer Einigkeit der Verbündeten über die Sanktion gegen Deutschland führt. Es ist zunächst eine festgelegt, daß diese Informationen nicht auf eine amtliche französische Mitteilung, sondern auf eine am Abend verbreitete Note der Radio-Agentur zurückzuführen ist. Auch in dieser Note wird gesagt, daß noch nichts Endgültiges beschlossen wurde und daß die beschriebenen Massnahmen noch nicht unbedingtheit bestimmt seien, da es noch immer als wahrscheinlich gilt, daß die Konferenz in Brüssel am 15. Dezember beginnen könne, und da außerdem die Reparationskommission der deutschen Regierung eine Antwort auf das Memorandum gegeben habe. Wenn die Kommission das Memorandum nicht billigt und wenn dann am 15. Januar das Reich seinen vollen Verpflichtungen nicht nachkomme, werde die abtichtige Nichterfüllung des Vertrages von den Verbündeten konstatiert werden und die Zeit der Sanktionen sei dann gekommen. Der „Gigaro“ bemerkt die Unklarheit bis zu diesem Termin auf sechs Wochen und spricht die Hoffnung aus, daß inzwischen die deutschen Großindustriellen vernünftig würden. Der Schluß der Radio-Mitteilung lautet: Da aber trotz des Wunsches der französischen Regierung, die Konferenz von Brüssel nicht zustande kommen kann und da es möglich ist, daß diese Konferenz vollständig verfehlt und da endlich der deutsche Reichstag in seiner Mehrheit den Anschlag des neuen Kabinetts an die Note des Dr. Wirth genehmigt hat, was ein Ausweichen Deutschlands vor seinen Reparationsverpflichtungen bedeutet (1. ist begründet, daß die französische Regierung den Wunsch hat, bezahlt zu werden und die Mittel prüft, durch welche sie die Zahlung erreichen kann. Wir glauben zu wissen, daß die Maßnahmen, die gestern überlegt wurden, nicht beschlossen wurden und die man für geeignet hält, unsere Rechte zu wahren, in folgendem bestehen: 1. In einer vollständigen Durchbringung der von uns besetzten Rheinischen Gebiete, die besonders durch den Ersatz der deutschen Beamten durch französische Beamte charakterisiert würde. 2. In einer Besetzung von zwei Dritteln des Ruhrgebietes einschließlich Essen und Dortmund. Dadurch wird erreicht, daß wir uns die Kohlen für die Reparationszahlungen und den für unsere Industrie notwendigen Kohlen sichern können.

Die ganze Haltung dieser Mitteilung zeigt, daß sie nicht nur auf die deutsche Regierung und besonders auf das deutsche Volk abzielen sollen, sondern auch den Willen der französischen Regierung, den Reichstag und England zur Teilnahme an der Konferenz in Brüssel zu bewegen. Die französischen Zeitungen haben zum Teil diesen Charakter zu verweisen gesucht, indem sie die Vorbehalte und Einschränkungen einfach beschwiegen und nur den Befehl der eventuellen Zwangsmassnahmen wiedergaben. Dennoch handelt es sich, wie ausdrücklich gesagt wird, nicht um Beschlüsse, sondern um Beratungen. Es wird erzählt, daß außer den beiden erwähnten Massnahmen noch eine dritte erwidert wurde. In dem Vorworte der inneren Reichsanzeige, die die Regierung heute in diesem Beise, das dann jedoch aufgegeben worden sei. Über die Absichten Poincarés wird gesagt, der Ministerpräsident habe die Erklärung des Kabinetts für wenig befriedigend. Er sei durch die Haltung der heute nachstehenden deutschen Großindustriellen auf das Schwerste enttäuscht und dazu entschlossen, die Politik der Worte durch ein energisches Vorgehen abzulösen.

Diese Bemerkungen, die sich in zwei oder drei Zeitungen befinden, sind, wie es scheint, gestern auch von Poincaré öffentlich geäußert worden. Was die Regierung Frankreichs noch immer hofft, ist ein offizieller Kommentar des „Reichsboten“. Es ist möglich, daß die deutschen Großindustriellen, die jetzt die Leitung des Reiches übernehmen haben, noch in der letzten Minute die unangenehmen Folgen überlegen, die ihre Gattungslosigkeit haben muß. Auch in Gesprächen wird ähnliches geäußert. Die Regierung bedauert, daß die Haltung der Großindustriellen nach außen eine Politik des Zwanges noch einmal notwendig mache. Die negative Politik Deutschlands, zu der leider auch die Regierung des Kabinetts Cuno sich zu bekennen scheint, müßte auch die nächsten Anhänger einer Verständigung und Verständigung mit Deutschland entmutigen. Es darf nicht übersehen werden, daß diese Auffassung bis weit in die Reihen der Sozialisten gedrungen ist. Nur wenige Stimmen sind noch zu vernehmen, die für die Notwendigkeit sprechen, die Reparationsfrage durch gegenseitigen Ausgleich der Kriegsschuld unter den Alliierten und einen Appell an den Weltfriede zum Zwecke einer internationalen Anleihe zu lösen. Gegen die Idee der Zwangsmassnahmen wendet sich aber den Zeitungen der äußersten Linken nur noch der „Lob“, aber auch in einer wenig energischen Form. In diesem Blatte wird gefragt, ob Poincaré es für das beste Mittel halte, den Erfolg der Konferenz von Brüssel vorzubereiten, indem er sich vor ihrem Beginn mit ihrem Scheitern verne. Der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris“ schreibt, daß der Kabinetts Cuno in Gemeinschaft mit der deutschen Großindustrie die Situation noch retten könne, wenn es ihm gelinge, die Großindustrie zu dem notwendigen Opfer zu be-

wegen. Die Reparationskommission werde in ihrer Antwort auf das deutsche Memorandum wahrscheinlich erwidern, daß ein Memorandum nur möglich sei, wenn die deutsche Großindustrie greifbare Sicherheiten zu gewähren bereit sei. Der Kabinetts müßte die Großindustrie zu diesem Zweck beauftragen, und die Großindustriellen dürften sich nicht weigern, wenn sie nicht das Chaos für Deutschland herbeiführen wollten.

### Das französische „Idealprogramm“.

Die Ansicht einer englischen Finanzautorität für ein Memorandum und gegen Sanktionen. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 28. November.  
Die Berliner Ausgabe der „Daily Mail“ erfährt von einer hohen französischen Autorität das „ideale Programm“ der französischen Regierung für die Reparationen. Das Programm besteht aus vier Forderungen: 1. Die deutsche Finanzwirtschaft ist einer strengen Kontrolle der Verbündeten zu unterwerfen, die eine internationale Anleihe möglich macht, die zwischen Frankreich und Deutschland geteilt werden soll. Die für Deutschland bestimmte Summe muß unter Kontrolle der Alliierten dazu verwendet werden, die Stabilisierung der Mark herbeizuführen und Rohstoffe für die deutsche Industrie zu beschaffen. 2. Alle Rechte müssen ebenso wie die im Vertrag von Versailles erwiderten Vorrechte auf den deutschen Besitz bestehen bleiben. Frankreich behält sich das Recht vor, im Falle der deutschen Zahlungsverweigerung die Besetzung der Rheinlande durchzuführen und die Zeit verlängert, die das wirtschaftlich notwendige Memorandum für Deutschland in Anspruch nimmt. Dazwischen das Memorandum, fünf Jahre, so muß der Rhein fünf Jahre länger besetzt bleiben. 3. Auch während der Dauer des Memorandum muß Deutschland die Lieferungen für die zerstörten Gebiete fortsetzen gemäß dem zwischen Deutschland und Frankreich geschlossenen Verträge. Nach die großen Arbeiten der Projekte des Ministers Trocquer müssen mindestens zum Teil begonnen werden. Der vierte Punkt ist die gegenseitige Berechnung der Kriegsschulden unter den Alliierten. In der Einleitung zu diesem „idealen Programm“ wird gesagt, daß Frankreich ruiniert sei, wenn es nicht gelinge, die Forderungen von Deutschland zu beseitigen zu machen. Aber die französische Regierung sei auch bereit, jeden anderen Plan anzunehmen, der ihr nur die Hälfte der deutschen Papiergelder sichere, vorausgesetzt, daß zwei Bedingungen für Frankreichs Sicherheit nicht berührt werden: die Besetzung des linken Rheinstroms und das Recht zu militärischen Sanktionen im Falle einer deutschen Zahlungsverweigerung.

Neben diesen französischen Äußerungen veröffentlicht die „Daily Mail“ die Ansicht einer leitenden englischen Finanzautorität. Eine internationale Anleihe für Deutschland an Frankreich sei unpraktisch und nicht notwendig. Wenn Frankreich fortfahre, einen Druck auf Deutschland auszuüben, werde Deutschland in der Lage sein, sein Budget in Ordnung zu bringen und die Mark zu stabilisieren, und zwar durch eine innere Anleihe, die in diesem Falle zu erreichen wäre. Eine äußere Anleihe werde die Beschaffung von Rohmaterial möglich machen und so die Ausführbarkeit haben. Eine strenge Kontrolle der deutschen Finanzwirtschaft sei notwendig, aber die Besetzung des deutschen Gebiets durch die Verbündeten und die Verlängerung der Rheinlandbesetzung seien nur nutzlose Pläne. Sie würden im Augenblick gar nichts einbringen. Die einzige Methode, Deutschland zur Zahlung zu bringen, sei: dem Reich ein Memorandum zu geben, die vorgelegte Zahlungsanforderung abzulösen und der Industrie die Möglichkeit zu geben, einen erheblichen Reberschuß zu erzielen, für den die Zahlungen in Form von ausländischen Wertpapieren erhalten könne. Nach etwa fünf Jahren müßten diese Sicherheiten den Verbündeten als Zahlung für die Reparationen überlassen werden. Dies sei der einzige Weg, um jetzt von Deutschland Geld zu erhalten. Deutschland könne jetzt kein Geld mehr geben, sondern nur Werte. „Ich habe“, sagte der englische Finanzmann, „für Frankreich Sympathien, aber die französische Regierung sieht leider nicht ein, daß es wirtschaftlich ganz unmöglich ist, Geld aus Deutschland herauszuholen.“ Die „Daily Mail“ bemerkt dazu, daß die englische Finanzautorität ihre Ansicht nach Kenntnis des französischen „Idealprogramms“ abgegeben habe. Dieser Herr vertritt also die Auffassung, daß eine internationale Anleihe für Deutschland nicht notwendig sei, wenn das Reich ein Memorandum in der von ihm erwähnten Form erhält.

### Bonar Law zu einer Vorkonferenz für Brüssel bereit.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 28. November.  
Aus London wird gemeldet, daß auf Grund der französischen Mitteilungen die englische Regierung bisher über das Datum der Konferenz von Brüssel keine Erklärung abgegeben habe. Bonar Law dagegen sei bereit, an einer Vorbesprechung teilzunehmen, aber er habe bisher keine Einladung erhalten. Es sei falls gewünscht, aber die Reparationen nicht zu tun habe. Vor Kurzem habe Poincaré auch in dieser Form geantwortet. Wenn Poincaré seine Einladung an Bonar Law direkt schicken würde, so wäre die jetzt in dem Antwort für die Vorkonferenz sicher zu erwarten. Danach kann erst das Datum für die Konferenz in Brüssel festgelegt werden. (Siehe auch Seite 2.)

## Bereinfachung der Staatsbetriebe.

Von Mitglied des Reichstags, Vorsitzendem des Vereinfachungsausschusses beim Reichspostministerium.

Der berechtigete Ruf nach Sparmaßnahmen findet jetzt angelegentlich der katastrophalen Lage unserer Wirtschaft ein härteres Echo. Bisher verhalte er nur zu schnell. Nach dem Zusammentritt des neugewählten Reichstags wurde im Haushaltsausschuß des Reichstags ein Antrag Delius-Planade auf Einleitung eines Ausschusses zur Prüfung und Durchführung der Vereinfachung und Berechtigung der Staatsverwaltungen einstimmig angenommen. Der Ausschuß bildete sich — und beriet sich zwei oder drei Sitzungen. Auf Antrag der Regierung wurde er dann anderweitig zusammengelegt. Es gehörten ihm nun neben Reichstagsmitgliedern auch Mitglieder des Reichsrats und eine Reihe von der Regierung berufener Persönlichkeiten an. Jetzt scheinen die Arbeiten besser in Fluß kommen zu sollen. Weit gefehlt! Die gebildeten Interessengruppen für die einzelnen Verwaltungen kamen nach einem schüchternen Anfang nicht weiter. Sie sind jetzt längst schlafen gegangen. Inzwischen war der Finanzminister Savi eingesetzt worden. Geträufelte Hoffnungen! Jetzt wird nach einem neuen Finanzverwaltung gesucht, nachdem die Volkspartei die etwas jähren Jodee nach einem Sparminister wieder hatten fallen lassen.

Man kann nur dringend warnen, neue Instanzen zu schaffen, die keine erprobten Leistungen hervorbringen können, weil ihnen nach der ganzen Art ihrer Einrichtung starke Einwirkungen auf die einzelnen Ministerien nicht möglich sind. Reines Geradens haben die Ministerien selbst solche unabhängigen Ausschüsse einzuführen, denen die Durchführung der Wirtschaftlichkeit des Betriebes obliegt. Das hierzu tüchtige Fachleute mit herangezogen werden müssen, ist eine Selbstverständlichkeit. Die Selbstverwaltung hat diesen Weg auf Anregung des Verkehrsbeirats beschritten. Ein Vereinfachungsausschuß beim Reichspostministerium ist jetzt aus Mitgliedern des Reichstags, des Verkehrsbeirats, Vertretern des Beamtenbeirats und Beauftragten der Reichspost- und Reichsfinanzverwaltung zusammen. Wohl frei in seinen Handlungen, hat er sich mit den einzelnen Ministerien beschäftigt, einen kurzen Vorbericht bereits erlassen und ist jetzt dabei, die betriebswirtschaftliche Seite zu behandeln, nachdem die personelle im allgemeinen erledigt ist.

Zu ähnlicher Weise sollten die anderen Verwaltungen ebenfalls verfahren. Außer bei der Reichspostverwaltung, die jetzt gleiche Wege beschreiten will, ist bisher nichts geschehen. Vertreter des Beamtenbeirats und Beauftragten der Reichspost- und Reichsfinanzverwaltung zusammen. Wohl frei in seinen Handlungen, hat er sich mit den einzelnen Ministerien beschäftigt, einen kurzen Vorbericht bereits erlassen und ist jetzt dabei, die betriebswirtschaftliche Seite zu behandeln, nachdem die personelle im allgemeinen erledigt ist.

Zu ähnlicher Weise sollten die anderen Verwaltungen ebenfalls verfahren. Außer bei der Reichspostverwaltung, die jetzt gleiche Wege beschreiten will, ist bisher nichts geschehen. Vertreter des Beamtenbeirats und Beauftragten der Reichspost- und Reichsfinanzverwaltung zusammen. Wohl frei in seinen Handlungen, hat er sich mit den einzelnen Ministerien beschäftigt, einen kurzen Vorbericht bereits erlassen und ist jetzt dabei, die betriebswirtschaftliche Seite zu behandeln, nachdem die personelle im allgemeinen erledigt ist.

Bei allen Maßnahmen zur Vereinfachung darf die psychologische Wirkung auf die Massen der Beamten und Staatsbediensteten nicht außer Betracht gelassen werden. Deshalb waren die früheren Sparmaßnahmen unter der alten Regierung geradezu verheerend. Unten wurde gedrückt und oben blähte sich der Beamtenkörper immer mehr auf. Das Vorkomitee, was deshalb in der Beamten- und Arbeiterchaft gegenüber den jetzigen Sparmaßnahmen bestrebt, gilt es zu bekämpfen. Allgemein muß die Überzeugung durchgedrungen, daß diesmal wirklich objektiv und ohne Rücksichtnahme auf bestimmte Kreise an die Arbeit gegangen wird. Zur Verstärkung dieses für ein Gelingen nicht unüberwindlichen Eindruckes, sollte allgemein oben angefangen werden. Es ist dies auch aus rein praktischen und dienstlichen Gründen notwendig. In erster Linie muß mit der Zusammenlegung der Ministerien begonnen werden. Hierüber ist schon viel geschrieben, manniache Vorschläge wurden gemacht. Im Reich lassen sich ohne weiteres verschiedene Ministerien vereinen. Es sprechen hierfür neben Spargründen, vor allem auch praktische Gesichtspunkte. Als solche für die Vereinfachung reife Ministerien sind wohl in erster Linie Erziehung, Wiederherbau- und Reichsfinanzministerium zu nennen. Freilich bleibt, ob man nicht das Reichsarbeitsministerium befreit und seine Aufgaben dem Reichsministerium des Innern — wie früher — wieder überträgt. Nicht zweckmäßig ist es im Augenblick, trotz mancher ungeliebter vorhandener Vorteile, die sich ergeben würden, Eisenbahn und Post in einem Verkehrsministerium zu vereinen. Beide Betriebe sind so großen Umfangs, daß ein Minister den Betrieb jetzt in einer Zeit großer Notwendigkeit, daß die Verwaltung im demokratischen Staat ein bedeutendes Ausmaß angenommen hat. Die Zahl der Referate und der Beamtenkräfte ist in erschreckender Weise gewachsen. Das Regieren gegeneinander, die Zerstückelung im Geschäftsbetriebe vermehren die Zahl der Verordnungen